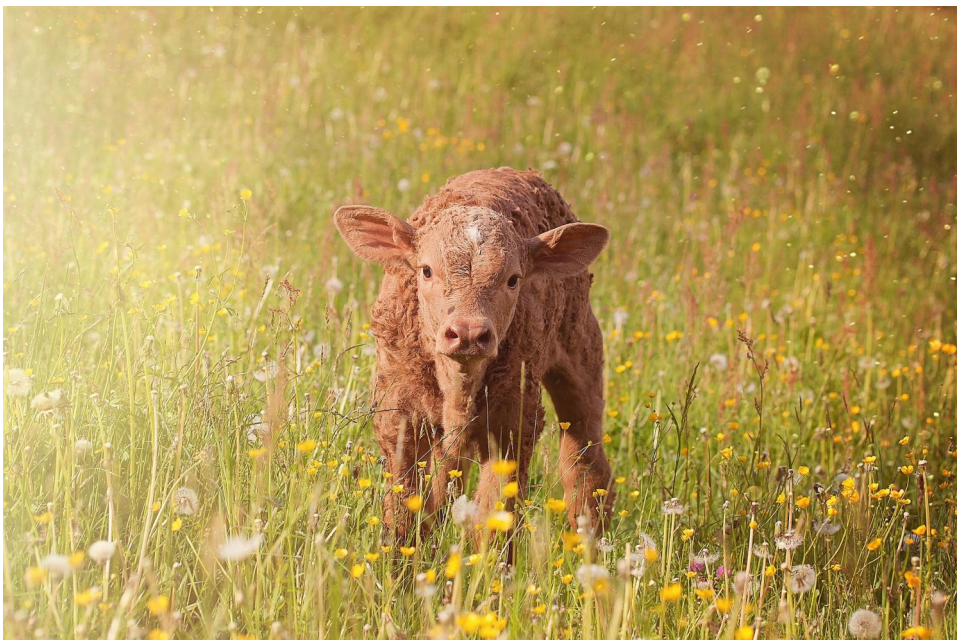
Tierschutzsprecher*innen von SPÖ, FPÖ und NEOS verlangen „Runden Tisch“, um Regierung „Augen zu öffnen“

Neben zuständigen Ministern und allen Parlamentsfraktionen sollen Tierschutzombudsleute, Expert*innen aus dem Tierschutz und Praktiker*innen aus der Landwirtschaft teilnehmen



Die Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und NEOS verlangen von der Regierung einen „Tierschutzgipfel“.

Angesichts einer Bundesregierung, die ihr so genanntes „Tierschutzgesetz“, das den Namen nicht verdient, entgegen sämtlicher kritischen bis ablehnenden Stellungnahmen von unterschiedlichster Seite – Tierschutzvereine bis hin zum REWE-Konzern – einfach durchpeitschen will, verlangen die Tierschutzsprecher der Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und NEOS von der Regierung einen „Tierschutzgipfel“.

SPÖ-Tierschutzsprecher Keck: „Wir müssen der Regierung die Augen öffnen."

„Es handelt sich nicht um ein Tierschutzgesetz, sondern um ein Gesetz, das Tierquälerei in Österreich verlängert!“ Der Gesetzesvorschlag der Bundesregierung soll bekanntlich tierquälerische Vollspaltenböden auf Jahrzehnte verlängern, die dauernde Anbindehaltung von Rindern bliebe noch lange aufrecht und es käme zu Kälbertransporten viel zu junger Kälber.

Peter Schmiedlechner (FPÖ), will ausführlich diskutieren

Der freiheitliche Agrarsprecher Peter Schmiedlechner unterstützt das Anliegen die Gesetzesnovelle des Tierschutzgesetzes und die Tierhalteverordnung ausführlich zu diskutieren. „Durchs Reden kommen Leut zam“, sagte der Freiheitliche und betonte: „Eine Diskussion ist von großer Bedeutung. Mir ist wichtig, dass Praktiker einbezogen werden. Auch den Bauern ist Tierschutz wichtig, es muss aber gleiche Spielregeln auf europäischer Ebene geben, der Mehraufwand der Landwirte muss honoriert werden und die Billigimporte aus Drittstaaten müssen verhindert werden!“

NEOS-Tierschutzsprecherin Katharina Werner zeigt sich enttäuscht

„Der derzeitige Gesetzesentwurf ist unserer Ansicht nach viel zu unambitioniert. Wir NEOS hätten uns von einer grünen Regierungsbeteiligung wesentlich mehr erwartet.“ Die Regierung müsse nun die Kritikpunkte der Tierschutzombudsleute ernst nehmen. Außerdem fehle laut Werner ein konkreter Plan, wie auch die Konsument*innen für mehr Tierwohl sensibilisiert werden können.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at